

Regierungsratsbeschluss

vom 9. März 2015

Nr. 2015/392

Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht) Schreiben an das Bundesamt für Justiz

1. Erwägungen

Die Staatskanzlei unterbreitet dem Regierungsrat das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht) zur Beratung und Beschlussfassung.

2. Beschluss

Das Schreiben an das Bundesamt für Justiz betreffend Vernehmlassung zur Änderung des Obligationenrechts (Aktienrecht) wird beschlossen.



Andreas Eng
Staatsschreiber

Beilage

Schreiben an das Bundesamt für Justiz vom 9. März 2015

Verteiler

Staatskanzlei
Staatskanzlei, Legistik und Justiz (FF) (3)
Finanzdepartement
Obergericht
Staatsanwaltschaft
IDSB
Ratsleitung (8)
Medien